

Es erfolgt unter anderem eine Beratung zu Anträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, zur strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitation. Außerdem gibt es Informationen zur monatlichen Zuwendung „Opferrente“ für ehemalige Heimkinder. Auch Anträge nach sowjetischer Inhaftierung und auf Akteneinsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (bitte Personalausweis mitbringen) können gestellt werden.

